

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft



ZdK

25. Jg. Nr. 4
August 2019

Editorial

Reformschritte

Seit langem hat das ZdK gefordert, dass die überdiözesane Zusammenarbeit der deutschen Bistümer gestärkt wird. Für das rechtliche, finanzielle und administrative Gebiet, für das der Verband der Diözesen Deutschlands (VDD) zuständig ist, ist jetzt ein wichtiger Reformschritt getan.

Kurz gesagt, es werden die Verbandsorgane gestrafft: Verbandsausschuss und Verwaltungsrat, die bisher als Beratungsorgane der VDD-Vollversammlung fungierten, werden abgeschafft. Stattdessen wird mit dem VDD-Verbandsrat ein auf Partizipation ausgerichtetes, zentrales Beratungs- und Entscheidungsorgan installiert, das mindestens drei Mal im Jahr tagen soll. Der Verbandsrat soll künftig die Zusammenarbeit zwischen dem Verband und den Kommissionen der Deutschen Bischofskonferenz stärken, strategische Themen im Aufgabenbereich des Verbandes gründlich vorbereiten, die Geschäftsführung bei der operativen Leitung des Verbandes unterstützen und die Arbeit der Kommissionen des Verbandes koordinieren. Damit übernimmt der Verbandsrat eine zentrale Steuerungsfunktion im Gefüge des Verbandes und kann damit die Vollversammlung des Verbandes entlasten. In diesem Verbandsrat, der 18 stimmberechtigte Mitglieder hat, wirken mit Sitz und Stimme zwei Personen auf Vorschlag des ZdK mit. Damit sind in das oberste Gremium der Finanzentscheidungen der katholischen Kirche in Deutschland endlich auch zwei gewählte Vertreterinnen und Vertreter der katholischen Männer und Frauen eingebunden.

Das ist ein wichtiger Schritt mit Blick auf Partizipation und entscheidungsrelevante Beteiligung auch in diesem Bereich, wie er seit langem gefordert wurde. Die Reform tritt zum 1. November 2019 in Kraft.

Stefan Vesper

Inhalt

Deutsch-polnische Völkerversöhnung __ 2

Rückblick auf die Erklärung polnischer
und deutscher Katholiken zum
1. September 1989

[Friedrich Kronenberg](#)

Europa nach den Wahlen 2019 _____ 6

Freude über Wahlbeteiligung und Frust
über Postenschacherei

[Martin Kastler](#)

Leben retten und Zusammenleben gestalten _____ 8

Das neue Pilotprojekt „Neustart im Team“

[Elena Knežević](#)

Sich bewegen lassen von dem, was die Menschen bewegt _____ 10

Wirksame Akademiearbeit heute

[Judith Wolf](#)

Werdet FriedensFinderinnen! _____ 12

Interreligiöses Frauennetzwerk regt mit
Postkarte und Homepage interreligiösen
Dialog unter Frauen an

[Heide Mertens](#)



Deutsch-polnische Völkerversöhnung

Rückblick auf die Erklärung polnischer und deutscher Katholiken zum 1. September 1989

„Für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in Europa“, so der Titel der Erklärung polnischer und deutscher Katholiken zum 1. September 1989, dem 50. Jahrestag des Angriffs Deutschlands auf Polen. Diese Erklärung ist gleichzeitig ein Höhepunkt in der Versöhnungsarbeit zwischen beiden Völkern. Wie wurde dieser Höhepunkt möglich?

Nach 1945 war uns jungen Deutschen klar, dass unsere Versöhnungsbemühungen sich vor allem an Israel, Frankreich und Polen richten mussten. Mit Israel und Frankreich ging es sowohl auf gesellschaftlicher wie auf staatlicher Ebene bald gut voran; die vielfältigen Begegnungen in Israel und das Deutsch-Französische Jugendwerk legen davon Zeugnis ab. Mit Polen war es schwieriger. Wir jungen Deutschen lebten in der Bundesrepublik Deutschland in einem demokratischen Rechtsstaat, die jungen Polen in einem totalitären kommunistischen Staat. Diese Tatsache behinderte viele Jahre lang ernsthafte Versöhnungsbemühungen, sowohl auf der gesellschaftlichen als auch auf der staatlichen Ebene. Einem Vermächtnis gleich sagte Konrad Adenauer kurz vor seinem Tod: „Vergesst mir Warschau nicht!“

So verdienstvoll die Entspannungspolitik unter Willy Brandt war, die Partner waren kommunistische Staaten, sodass Wladyslaw Bartoszewski (Widerstandskämpfer gegen die Nazis, Auschwitzopfer, Kämpfer gegen den Kommunismus und nach errungener Freiheit polnischer Außenminister) Brandt vorwarf, den Kommunismus auf den Antifaschismus zu reduzieren. Als die polnische Oppositionsbewegung Solidarnosc entstand, stieß diese bei der sozial-liberalen Bundesregierung auf Ablehnung, weil sie den Prozess der Entspannung bedrohen würde.

Vom deutschen Katholizismus ausgehende Versöhnungsinitiativen

Rückblickend lässt sich sagen, dass bei politischen Versöhnungsbemühungen zwischen einem Volk, das in einem demokratischen Rechtsstaat lebt, und einem Volk, das in einer kommunistischen Diktatur lebt, die unterschiedlichen Verhältnisse von Gesellschaft und Staat beachtet werden müssen: In der Diktatur geht es um den Freiheitskampf, in der Demokratie um das konstruktive Zusammenwirken von gesellschaftlichen und staatlichen Kräften. Die vom deutschen Katholizismus ausgehenden Versöhnungsinitiativen wurden staatlicherseits erst in den 80er Jahren umfassend gewürdigt und gefördert, gleichzeitig waren sie in den politischen Konsens eingebettet, dass bei aller Gesprächsbereitschaft mit kommunistischen Regierungen die endgültige Grenze zwischen Deutschland und Polen sowie die freie Selbstbestimmung aller Deutschen einem endgültigen Friedensvertrag vorbehalten bleiben müssen. Hinzu kommt, dass der Katholizismus als gesellschaftliche Großgruppe in Deutschland besondere Möglichkeiten hatte, mit gesellschaftlichen Kräften in Polen Kontakt aufzunehmen und sich mit diesen auszutauschen. Diese spezifischen Möglichkeiten stellten auch eine spezifische Verpflichtung dar, wenn es in der Völkerverständigung vorangehen sollte. Selbst die Versöhnungsarbeit katholischer Christen in der DDR konnte in den Bemühungen des westdeutschen Katholizismus relevant werden, weil es intensive Kontakte zwischen dem Katholizismus in der Bundesrepublik Deutschland und dem in der DDR gab.

Wenn auch die Versöhnungsinitiativen hier nicht in aller Ausführlichkeit dargelegt werden können, so sollen sie zumindest kurz erläutert werden: Partner unserer Bemühungen war die polnische Laienorganisation Znak („Zeichen“). Stanislaw Stomma, Nestor der deutsch-polnischen Versöhnung, besuchte 1958 als erster polnischer Parlamentarier die Bundesrepublik Deutschland. Der Berliner Bischof Julius Döpfner trat in der „Hedwigs-Predigt“ 1960 für die Versöhnung von Deutschen und Polen ein. 1964 unternahm die deutsche Sektion von Pax Christi eine Sühnewallfahrt nach Auschwitz, die in einem Aufruf zur Aktion „Solidaritätsspende“ für Überlebende der Konzentrationslager und Ghettos mündete, aus der sich 1973

Völkerversöhnung Deutschland – Polen

das Maximilian-Kolbe-Werk entwickelte. 1965, in den letzten Tagen des Zweiten Vatikanischen Konzils, tauschten die polnischen und die deutschen Bischöfe Briefe der Versöhnung aus. 1966 nahmen erstmalig polnische Gäste in Bamberg an einem Katholikentag teil und begründeten damit eine entsprechende Tradition für zukünftige Katholikentage. Dort wurde auch eine zustimmende Erklärung zum Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen verabschiedet. 1968 wurde das Bensberger „Memorandum deutscher Katholiken zu den polnisch-deutschen Fragen“ veröffentlicht. 1971 begrüßte die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) die seit Jahren anhaltenden Bemühungen, „eine endgültige Aussöhnung möglich zu machen“.

In den folgenden Jahren war das Verhältnis zwischen polnischen und deutschen Katholiken von zunehmender Intensität in der Zusammenarbeit gekennzeichnet. Auf polnischer Seite traten neben Stanislaw Stomma der spätere frei gewählte Ministerpräsident der Republik Polen, Tadeusz Mazowiecki, sowie der spätere Außenminister Wladyslaw Bartoszewski als Gesprächspartner hervor, in vielfältiger Weise unterstützt von führenden polnischen Bischöfen. Auf deutscher Seite nahmen die Präsidenten des ZdK eine führende Rolle wahr: Albrecht Beckel, Bernhard Vogel (, die beide ebenfalls Präsidenten des Maximilian-Kolbe-Werks waren) und Hans Maier sowie die Präsidenten des Kolbe-Werks, Werner Remmers (als ehemaliger Vizepräsident des ZdK) und ich selbst (als ehemaliger Generalsekretär des ZdK); außerdem bis zu seinem Tode Julius Kardinal Döpfner als Präsident der deutschen Sektion von Pax Christi, die Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner und Karl Kardinal Lehmann, sowie der Geistliche Assistent des ZdK, Bischof Klaus Hemmerle.

„Für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in Europa“

Die politischen „Spielräume“, die die katholischen Versöhnungsbemühungen zur Zeit der Kanzlerschaft Helmut Kohls nutzen konnten, waren alles andere als eine „katholische Spielwiese“. Nichts verdeutlicht das mehr als der Brief, den Aleksander Kwasniewski mir zum 30. Jahrestag der Tätigkeit des Maximilian-Kolbe-Werks geschrieben hat. Aleksander Kwasniewski, der zum Zeit-

punkt der Gründung des Maximilian-Kolbe-Werks 1973 ein junger Funktionär der uns bekämpfenden Kommunistischen Partei Polens wurde, schrieb mir 30 Jahre später als frei gewählter Staatspräsident der Republik Polen einen Brief höchster Anerkennung: Ich möchte „Ihnen und Ihren Mitarbeitern (...) meine aufrichtige Anerkennung und Dank für ihre langjährige Mühe und das beharrliche Streben bekunden, menschliches Leid und Unrecht, das vom Nazi-Regime begangen worden war, wiedergutzumachen. Das Gedenken der tragischen Kapitel der Geschichte unserer beiden Völker gebietet es, dass wir uns aktiv an der Gestaltung der gemeinsamen Zukunft beteiligen, die eine gute nachbarliche, auf gegenseitiges Verständnis und Vertrauen gestützte Zusammenarbeit gewährleistet. Ich danke dafür, dass Sie Sensibilität und Verantwortung wecken, ohne die wahre Versöhnung und Annäherung unerreichbar sind.“

Einen dramatischen Höhepunkt unserer polnisch-deutschen Bemühungen um Versöhnung bildete die Erklärung polnischer und deutscher Katholiken zum 1. September 1989, dem 50. Jahrestag des Kriegsausbruchs, unter dem Titel „Für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in Europa“. In dieser Erklärung wurde der Angriff Deutschlands auf Polen erneut verurteilt. Gemeinsam wurden die Opfer und das Leid in Polen und in Deutschland beklagt, um schließlich im Rahmen der politischen Forderungen festzustellen, „dass die Westgrenze Polens dauerhaft Bestand hat“ und „dass die Völker Europas, auch das deutsche Volk, das von der Spaltung Europas besonders betroffen ist, das Recht auf Selbstbestimmung wahrnehmen können“. Diese Erklärung wurde am 8. August 1989 in Warschau und Bonn der Presse vorgestellt, und Wladyslaw Bartoszewski hat es sich in Bonn bei der Pressekonferenz und in vielen Interviews nicht nehmen lassen, mit großer Überzeugungskraft für das ungeschmälerte Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen einzutreten. Der Geschäftsführende Ausschuss des ZdK stimmte in der der nächstfolgenden Sitzung der Erklärung zu, nachdem zunächst aus dem Kreis katholischer Heimatvertriebener Widerstand laut geworden war.

Völkerversöhnung

Deutschland – Polen

4

Salzkörner 25. Jg. Nr. 4
August 2019
Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Zeichen der Besiegelung deutsch-polnischer Versöhnung

Noch am Tage der Veröffentlichung habe ich Bundeskanzler Helmut Kohl an seinen Ferienort die Bitte übermitteln lassen, die Erklärung positiv zu kommentieren. Ich wusste, dass er persönlich der gleichen Meinung war, wie sie in der Erklärung formuliert wurde. Er enttäuschte mich und vertröstete mich auf einen späteren Zeitpunkt. In seiner Regierungserklärung am 1. September 1989 aus Anlass des 50. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs hat er sie dann ausdrücklich gewürdigt.

Inzwischen lässt sich in seiner Biographie „Helmut Kohl Erinnerungen: 1982 – 1990“ nachlesen, welche Schritte noch erforderlich waren, um für ein versöhntes Deutschland und Polen eine zukunftssträchtige politische, vor allem europäische Ordnung zu schaffen. Helmut Kohl verstand gesellschaftspolitische Initiativen der Bürger nicht als Widerspruch zu staatspolitischen Zielen und Maßnahmen; vielmehr stellte er sich als Bundeskanzler der Herausforderung, gesellschaftspolitische und staatspolitische Ziele und Initiativen in ein gemeinsames Ganzes zu integrieren, wie es die Verfassung einer Demokratie erfordert.

Sichtbaren Ausdruck fand diese politische Leistung in den Ereignissen vom 9. bis 12. November 1989. Während der Bundeskanzler in Warschau mit dem frei gewählten Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki sprach, fiel in Berlin die Mauer, und wir Abgeordneten im Bundestag in Bonn stimmten spontan das Deutschlandlied an als Bekenntnis zur Einheit der Nation. Nach einer Unterbrechung der Konferenz in Warschau, um nach Berlin und nach Bonn zu fliegen, setzte Helmut Kohl sein Programm in Polen fort. Am 12. November nahm er gemeinsam mit Tadeusz Mazowiecki in Kreisau an einem Gottesdienst teil, den der Oppelner Bischof Alfons Nossol zelebrierte, der bei den Versöhnungsinitiativen eine führende Rolle wahrgenommen hatte. Vor der Kommunion umarmten sich Kohl und Mazowiecki und tauschten den Friedensgruß aus. Dieses Bild ging als Zeichen der Besiegelung deutsch-polnischer Versöhnung um die Welt.

Maximilian-Kolbe-Werk und Maximilian-Kolbe-Stiftung

Die Erklärung polnischer und deutscher Katholiken zum 1. September 1989 war sicherlich ein Höhepunkt in der deutsch-polnischen Völkerversöhnung. Sie darf aber nicht nur ein Höhepunkt in unserer Erinnerung sein, sie sollte darüber hinaus für die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft Anstoß und Orientierung bleiben. Beispielsweise bleibt uns die Aufgabe, das verdienstvolle und segensreiche Wirken des Maximilian-Kolbe-Werkes als Werk der Versöhnung auch über den Tod der Überlebenden von Konzentrationslagern und Ghettos hinaus weiterzuführen. Der Weg dazu ist schon geebnet durch die Maximilian-Kolbe-Stiftung, die Deutsche und Polen gemeinsam errichtet haben, um auf europäischer Ebene Aufgaben der Versöhnung wahrzunehmen.

Perspektiven für eine freiheitliche und demokratische Zukunft

Ein Blick auf das gegenwärtige Verhältnis zwischen Polen und Deutschland und auf die Rolle dieser beiden Länder in einem gemeinsamen Europa zeigt, dass Verständigung und Versöhnung unseren Einsatz auch zukünftig verlangen.

Daher bekräftige ich, was ich im Vorwort zur gemeinsamen Erklärung polnischer und deutscher Katholiken vor 30 Jahren zum 50. Jahrestag des Kriegsbeginns geschrieben habe: „Die Erklärung ist ein Beispiel dafür, wie sich Katholiken über Grenzen hinweg einer gemeinsamen Geschichte stellen, die bestimmt ist von wechselseitig zugefügtem Unrecht, von Schuld und Not und lange unterbrochener Begegnung in Wahrheit und Freiheit. Sie erinnert an die geistigen Lebenszusammenhänge, die in früheren Jahrhunderten die Gestalt Ost-Mitteleuropas und das Verhältnis von Polen und Deutschen miteinander geprägt haben, und will ihnen auch in der Politik wieder zu neuer Kraft verhelfen. Ihre besondere Bedeutung aber liegt vor allem darin, dass in ihr deutsche und polnische Katholiken in der gegenwärtigen Situation des Wandels in Ost-Mitteleuropa Perspektiven für eine freiheitliche und demokratische Zukunft entwickelt haben, die den nationalen Interessen unserer beiden Völker in einem freien

Völkerversöhnung Deutschland – Polen

und geeinten Europa gleichermaßen gerecht werden. Sie leistet damit auch einen Beitrag zur Einigung ganz Europas.“

Bauen wir weiter an einem versöhnten und geeinten freien Europa!

| Dr. Friedrich Kronenberg

| Generalsekretär des ZdK von 1966 bis 1999

Das **Maximilian-Kolbe-Werk** unterstützt seit 45 Jahren die Überlebenden der nationalsozialistischen Konzentrationslager und Ghettos. Verständigung und Versöhnung zwischen dem polnischen und dem deutschen Volk sowie die Aufgabe, ehemaligen KZ- und Ghetto-Häftlingen aus Polen und anderen Ländern Mittel- und Osteuropas unabhängig von ihrer Religion, Konfession oder Weltanschauung zu helfen, sind seit den Anfängen Zweck und Anliegen der humanitären Hilfsorganisation. Im Mittelpunkt der Arbeit steht der einzelne Mensch, seine persönliche Geschichte und seine leidvollen Erfahrungen zur Zeit des Nationalsozialismus. Getragen vor allem durch private Spenden und vereinzelte Kollekten von Kirchengemeinden konnte das Maximilian-Kolbe-Werk bislang Hilfsprojekte für KZ- und Ghettoüberlebende in Höhe von mehr als 60 Millionen Euro durchführen. Das Werk ist seit 2001 Träger des Spendensiegels des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) und gilt somit als förderungswürdig.

Im Jahr 2007 wurde das Maximilian-Kolbe-Werk mit dem Preis der Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie ausgezeichnet, 2008 mit dem Eugen-Kogon-Preis. Im Jahr 2009 wurde es für seine Zeiteugenarbeit in Sachsen mit dem Preis Aktiv für Demokratie und Toleranz 2009 des Bündnisses für Demokratie und Toleranz ausgezeichnet. 2010 ging der Anton-Roesen-Preis des Diözesanrats der Katholiken im Erzbistum Köln an die Ehrenamtlichen des Maximilian-Kolbe-Werks. Im Jahr 2014 erhielt die Hilfsorganisation den Aggiornamento-Preis der Deutschen Katholikentage, und den Deutschen Engagementpreis vom Bündnis für Gemeinnützigkeit, Berlin. Der Saarländische Weiterbildungspreis wurde im Jahr 2017 verliehen.
<http://www.maximilian-kolbe-werk.de>

Die **Maximilian-Kolbe-Stiftung** knüpft an der Versöhnungsarbeit – namentlich zwischen Deutschen und Polen – an, die das Maximilian-Kolbe-Werk mit seinen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Deutschland und Polen sowie mit seinen Spendern in den letzten Jahrzehnten geleistet hat. Ziel ist es, Initiativen zu begründen und zu fördern, die Menschen auf dem Weg der Versöhnung in Europa zusammenführen, damit über nationale Begrenzungen hinweg Weggemeinschaften der Versöhnung entstehen, die die persönliche Begegnung in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen stellen und die sich durch eine Solidarität auszeichnen, in der alle Beteiligten Gebende und Nehmende, Schenkende und Beschenkte sind.

Die Maximilian-Kolbe-Stiftung versteht diese Weggemeinschaften als unverzichtbaren Bestandteil kirchlichen Lebens aus der Mitte der christlichen Botschaft. Sie leistet durch ihre Versöhnungsarbeit einen Beitrag zur Erinnerungskultur in Europa, indem sie die Wahrnehmung der kirchlichen, gesellschaftlichen und politischen Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft verbindet mit der Erinnerung an die Herkunft aus einer mit Unrecht, Gewalt und Schuld belasteten Vergangenheit, mit der Erinnerung an die sittlichen Grundlagen menschlichen Miteinanders sowie an den Auftrag des Evangeliums, an Christi statt Zeugen und Gesandte der Versöhnung zu sein (2 Kor 5, 19-20). Aus der Kraft einer solchen Erinnerung wirkt sie an der Entwicklung und Förderung eines menschenwürdigen, gerechten, freien und solidarischen Zusammenlebens in einem friedlichen Europa mit.
<http://www.maximilian-kolbe-stiftung.de>

Europa nach den Wahlen 2019

Freude über Wahlbeteiligung und Frust über Postenschacherei

Wenn man beruflich bedingt mehr Zeit in Mittel- und Osteuropa verbringt als anderswo, wundert man sich manchmal über die Diskussionen und Aufreger in Deutschland – aber auch darüber, wie für die Europawahl geworben wurde. Während im Straßenbild deutscher Städte und in den deutschen Medien die Wahl zum Europäischen Parlament scheinbar allgegenwärtig war, sah man in den Ländern Mitteleuropas wenig bis keine Wahlwerbung und las auch viel weniger über die Wahlen zum Europäischen Parlament. Also, wen wundert da die unterschiedliche Wahlbeteiligung zwischen Ost und West, Nord und Süd?! Umso erfreulicher, dass dennoch in allen Regionen Europas die Wahlbeteiligung angestiegen ist auf 50,6 Prozent.

Vielerorts warnten Politiker und Journalisten vor den Wahlen vor einem „zu erwartenden Rechtsruck“ in Europa. Davon kann keine Rede sein, und viele Kommentierungen direkt nach der Wahl Ende Mai 2019 zeigen diese Voreiligkeit und Fehleinschätzung. Während die Europäische Volkspartei (EVP) mit ihrem Spitzenkandidaten Manfred Weber zwar mit deutlichen Verlusten (gerade in Deutschland) stärkste Fraktion (182 Mandate) in Straßburg blieb, verloren auch die Sozialisten als zweitstärkste Gruppe viele Mandate (154 MdEPs), ebenso besonders in Deutschland. Interessanterweise hatte die meisten Zugewinne die Liberale Fraktion (ALDE, jetzt neu „Renew Europe“, 108 Abgeordnete), vor allem mit der Bewegung „En Marche“ Emanuel Macrons aus unserem Nachbarland Frankreich, aber auch mit „ANO“, der Protestbewegung des tschechischen Oligarchen und Premiers Andrej Babiš. Gerade Frankreich wird über diese Fraktion mehr Einfluss im Europäischen Parlament versuchen zu gewinnen – mit Erfolg, wie die Postenverteilung der EU-Spitzenpositionen zeigt. Ebenso gewann die Grüne Fraktion etliche Mandate im EP hinzu (74 Mandate), es folgen die Fraktionen der Konservativen (ECR mit 62 Mandaten), der neugegründeten rechten Sammlungsfraktion um AfD, Le Pen und Salvini mit dem Namen „Identität und Demokratie“

(73 Mandate) und schließlich die Linksfraktion mit 41 Abgeordneten. Derzeit gibt es 57 fraktionslose Abgeordnete. Somit ist eine breite Mehrheit von 580 von 751 Abgeordneten im demokratischen, pro-europäischen bzw. im kritisch-proeuropäischen Spektrum beheimatet.

Lassen wir uns von den rund 20 Prozent EU-Gegnern nicht die Agenda diktieren, was wir wann, wo, warum über Europa denken, sagen und schreiben sollen!

Die Mehrheit in Deutschland und weiten Teilen Europas ist dankbar und glücklich, in der EU leben und arbeiten zu dürfen. Sagen wir das auch? Stehen wir zu dieser Idee und dieser Gemeinschaft – auch öffentlich? Jeder von uns persönlich? Immer auch dann, wenn jemand – meist lautstark – gegen Europa polarisiert oder die Leistungen der EU ins Lächerliche zieht?

Das Sein oder Nichtsein Europas hängt nicht vom „Spitzenkandidatensystem“ ab

Das Wahlergebnis 2019 bedeutet einen historischen Einschnitt in die Parlamentsarbeit des Europäischen Parlaments (EP), denn bislang gab es immer eine de facto „Große Koalition“ zwischen Volksparteien und Sozialdemokraten, ausgestattet mit satter Mehrheit. In der jetzt neunten Legislaturperiode des Europäischen Parlaments (die erste Direktwahl fand 1979 statt) müssen neue Koalitionen gebildet werden. Schon bei der Frage der Wahl des Präsidenten des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission kam es zu großen Schwierigkeiten, Mehrheiten zu finden.

Dies nutzte dem Rat – und die Staats- und Regierungschefs nahmen das Heft des Handelns in die Hand, als es um die Frage der EU-Spitzenpositionen ging. Insbesondere der Posten des EU-Kommissionspräsidenten war größter Streitpunkt zwischen den europäischen Akteuren. Während die EVP mit Manfred Weber (CSU) darauf pochten, den Wahlsieger auch zum EU-Kommissionspräsidenten wählen zu lassen, verhinderten das Veto Frankreichs und der Visegrád-Staaten (Tschechien, Polen, Slowakei und Ungarn) erst die Wahl Webers und dann des zweitplatzierten Spitzenkandidaten Timmermans aus den Niederlanden.

Erst Ursula von der Leyen, der dritte Vorschlag für das Amt des Kommissionspräsidenten, war am Ende auch für Emmanuel Macron und die V4-Länder akzeptabel. Aber welche Gesamtbilanz können die Ostmitteleuropäer nach dem zähen Postengeschacher für sich ziehen? Kommentare in den seriösen Medien äußerten sich kritisch: So sei es nicht zufriedenstellend, nur unliebsame Bewerber zu verhindern, aber selber keine Spitzenämter zu erhalten. Die V4 hatten Maroš Šefčovič, einen der bisherigen Vizepräsidenten der Kommission, als Nachfolger Junckers vorgeschlagen, waren damit aber chancenlos.

Unter den fünf Spitzenposten, die das Brüsseler Personalkarussell bereithielt, wird nach dem Amtsende des Polen Donald Tusk als Ratspräsident niemand aus den Visegrád-Staaten vertreten sein. Neben von der Leyen stammen auch die anderen neuen Köpfe an der Spitze der europäischen Institutionen allesamt aus den Staaten des alten „Westeuropas“: der Italiener David-Maria Sassoli als neuer Präsident des EU-Parlaments, der Belgier Charles Michel als Ratspräsident, der Spanier Josep Borrell als EU-Außenbeauftragter sowie die Französin Christine Lagarde als Präsidentin der Europäischen Zentralbank. Außer Michel kommen alle Genannten zudem aus großen EU-Mitgliedsländern. Gerade aus deutscher Sicht sollte diese Nichtberücksichtigung kleinerer Länder aus Mittel- und Osteuropa kritisch hinterfragt werden. Denn zu einer Verbesserung der EU-skeptischen Stimmung z. B. in Tschechien trägt dies sicher nicht bei.

(K)Ein Weiter-so bitte!

Doch auch die Inhalte, die Ursula von der Leyen in ihrer Bewerbungsrede vor dem Europäischen Parlament vorstellte, stießen nicht überall in der EU auf Gegenliebe. Aber Europa braucht eine Agenda – neue Inhalte für das Europa von heute. So ist z. B. der von ihr betonte Klimaschutz („green deal“) in der mitteleuropäischen Polit-Szene kein großes Thema. Damit wird höchstens argumentiert, wenn es um den weiteren Ausbau der Kernenergie geht: So sollen die Kernkraftwerke in Tschechien, der Slowakei und Ungarn ausgebaut werden, während die Energiewende in Deutschland das Ende der Atomkraft bedeutet.

Auch in der Flüchtlings- und Migrationspolitik scheinen sich die EU-Staaten nicht anzunähern, bestenfalls rüstet man rhetorisch etwas ab. Wie die neue EU-Kommission in dieser Frage weiterkommen und eine europäische Lösung erreichen will, steht in den Sternen.

Weitere Unstimmigkeiten wird es in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik geben: etwa in puncto Russlandsanktionen, Iran und Syrien. So unterstützt die frühere Bundesverteidigungsministerin von der Leyen seit längerem die Idee einer europäischen Armee, wie sie von Kommissionspräsident Juncker vorgeschlagen wurde. Dadurch sollten die EU-Staaten besser gegen eine mögliche Aggression Russlands gewappnet sein, allerdings haben mehrere EU-Länder ihre Skepsis diesbezüglich mehrfach betont.

Weiterhin müsste die Einführung des Euro für alle Mitgliedsländer ein eiliges Ziel sein. Doch das Thema ist derzeit für viele Politiker der Nicht-Euro-Länder ein Tabu-Thema, das sie nicht anrühren wollen. Insgesamt ist der gemeinsame Binnenmarkt zwar Realität, doch schon bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit und den unterschiedlichen Sozialgesetzbüchern in den Mitgliedsländern gäbe es noch viel zu tun.

Ein einfaches „Weiter-so“ mit 28, bald 27 Solisten, die kein Orchester bilden wollen, wird dem Ansehen der EU und den Ideen des gemeinsamen Europa schwer schaden. Die EU und die europäische Einigung sind nicht begonnen worden, um Steuern zu vereinheitlichen und Vorschriften in der persönlichen Lebensführung der Menschen durchzusetzen. Der Schutz der Freiheit des Einzelnen aber bleibt oberste Priorität der Politik. Nicht mehr und nicht weniger.

| [Martin Kastler](#) |

MdEP a. D. und europapolitischer Sprecher des ZdK

Leben retten und Zusammenleben gestalten

Das neue Pilotprojekt „Neustart im Team“

Anfang Mai gab die Bundesregierung den Startschuss für das Pilotprojekt „Neustart im Team“ (NesT), ein staatlich-gesellschaftliches Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge. Dahinter verbirgt sich ein sogenanntes „Community Sponsorship Program“. Entsprechende Programme werden in vielen Ländern schon seit langem praktiziert. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass Individuen, Gruppen oder Vereine bzw. NGOs für einen begrenzten Zeitraum die finanzielle und soziale Verantwortung für eine Familie oder einen Flüchtling übernehmen. Im Ergebnis bedeutet dies für den deutschen Kontext, dass 500 besonders schutzbedürftige Flüchtlinge sicher nach Deutschland einreisen können und sich beispielsweise nicht auf die allzu oft tödlich endende Überfahrt über das Mittelmeer begeben müssen.

Im Juni veröffentlichte der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) und Leiter des Flüchtlingshilfswerks seine jährliche Statistik: Weltweit befinden sich über 70 Millionen Menschen auf der Flucht, das sind 2,3 Millionen mehr als im Vorjahr. So viele Flüchtlinge wurden seit der Gründung des UNHCR im Jahr 1950 noch nie gezählt. Die größte Flüchtlingsgruppe sind nach wie vor Syrer, gefolgt von Afghanen und Südsudanesen. Unter diesen Flüchtlingen befinden sich 1,44 Millionen Menschen, die schnellstmöglich umgesiedelt werden müssen, da sie aufgrund anhaltender Kriege und Krisen nicht in ihr Heimatland zurückkehren können oder weil sie sich in langwierigen Fluchtsituationen befinden und es keine Integrationsperspektive im Erstzufluchtsland für sie gibt. Insbesondere für kranke Menschen, für alte Personen, Kinder und Frauen ist eine lebensgefährliche Flucht oft unmöglich. Genau für diese Menschen hat das UNHCR das Schutzkonzept Resettlement (dt. Neuansiedlung) entwickelt. Nach festen Regeln und Kriterien entscheidet das UNHCR über den Schutzbedarf, sodass ihre Akte einem aufnahmebereiten Drittstaat vorgelegt wird. Dieser Staat entscheidet dann wiederum, ob diese Per-

son oder Familie aufgenommen wird oder nicht. In Deutschland gibt es das strukturierte Resettlement seit 2012, wobei die Aufnahme über humanitäre Programme wesentlich länger praktiziert wird. Bereits in den 1960er und 1970er Jahren wurden Flüchtlinge aus Ungarn oder Boatpeople aus Vietnam im Rahmen von Kontingenten aufgenommen. Auch während der Jugoslawienkriege, Anfang der 1990er Jahre, wurden 350.000 Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina von der BRD aufgenommen. Bis Ende 2019 können 20.000 in der Türkei lebende Syrer über ein solches humanitäres Aufnahmeprogramm sicher nach Deutschland einreisen. Die Aufnahme und Anzahl von Kontingentplätzen basiert auf einer freiwilligen politischen Entscheidung des Bundesinnenministeriums. Die Intention dahinter ist, dass die internationale Staatengemeinschaft mehr Verantwortung für Flüchtlinge übernimmt, denn die Türkei, Pakistan, Uganda und der Sudan beherbergen weltweit die größten Flüchtlingspopulationen.

NesT – ein zusätzliches Aufnahmeprogramm

Im Rahmen eines EU-Aufnahmekontingents beteiligt sich die Bundesregierung gegenwärtig mit 10.200 Resettlementplätzen. Neu ist die zusätzliche Aufnahme über das Pilotprojekt „Neustart im Team“. Das ist ein staatlich-gesellschaftliches Aufnahmeprogramm für 500 besonders schutzbedürftige Flüchtlinge, die hierüber aus Erstzufluchtsstaaten sicher nach Deutschland einreisen können. Voraussetzung für ihre Aufnahme ist jedoch, dass sich eine Gruppe aus mindestens fünf Mentorinnen und Mentoren zusammenfindet, welche die Geflüchteten finanziell und ideell unterstützt. Sie verpflichten sich, eine Wohnung zu suchen und die Nettokaltmiete für zwei Jahre zu finanzieren. Außerdem unterstützen sie die Schutzbedürftigen ein Jahr lang auf ihrem Weg zur gesellschaftlichen Teilhabe. Hierfür erarbeiten sie gemeinsam einen Integrationsplan, in dem sie beschreiben, wie das Einleben am Wohnort gelingen soll. Die Mentorinnen und Mentoren sind Ansprechpartner und helfen beispielsweise bei Behördengängen, bei der Suche einer Schule, eines Ausbildungsplatzes und einer Arbeitsstelle. Zudem ermöglichen sie Begegnungen, sei es im Sportverein, bei Freizeitaktivitäten oder bei Festen. Den Aufgenommenen soll ein direkter und schneller Zugang zur Ge-

sellschaft und tatsächliche Teilhabe ermöglicht werden. Analog zum regulären Resettlement werden die schutzbedürftigen Flüchtlinge auch im NesT-Programm vom UNHCR in den Erstzufluchtsstaaten registriert und ausgewählt. Im Rahmen des Pilotprojekts nimmt Deutschland Menschen aus Ägypten, Äthiopien, Jordanien oder Libanon auf. Nachdem sie in Deutschland angekommen sind, erhalten die eingereisten Flüchtlinge einen Aufenthaltstitel gemäß § 23(4) AufenthG. Das bedeutet, dass sie zunächst drei Jahre befristet in Deutschland leben und später eine Niederlassungserlaubnis beantragen können. Außerdem beziehen sie Leistungen gemäß SGB II, d. h. Hartz IV, sodass sie auch direkt am Integrationskurs teilnehmen können. Selbstverständlich steht ihnen die Beratung von MBE (Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer) und JMD (Jugendmigrationsdienst) durch die Wohlfahrtsverbände zur Verfügung. Bei dieser Art der Aufnahme ist es nicht erforderlich, einen Antrag auf Asyl zu stellen, da der Aufenthalt gesichert ist. Im Rahmen des Programms wurde eine Zivilgesellschaftliche Kontaktstelle (ZKS) eingerichtet, um Mentoring-Gruppen auf ihrem Weg zu begleiten und zu unterstützen. Ihr Ziel ist es, interessierte Mentorinnen und Mentoren über das Projekt und die Pflichten zu beraten und zu informieren sowie Schulungen für die Mentor(inn)en durchzuführen.

NesT – ein Projekt für Kirche und Caritas?

Die katholische Kirche und ihre Caritas fordern seit langem, dass Deutschland sein humanitäres Engagement ausweitet und die Aufnahmekontingente zur legalen und sicheren Einreise erhöht. Der Deutsche Caritasverband (DCV) und die Deutsche Bischofskonferenz waren gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden, NGOs und Stiftungen an der Entstehung des Projekts beteiligt. In einem transparenten Verfahren konnten auch die Erfahrungen aus der Arbeit mit Ehrenamtlichen und Geflüchteten erfolgreich eingebracht werden, was doppelt wichtig ist, weil das Pilotprojekt genau auf der Beteiligung von Zivilgesellschaft und Ehrenamtlichen fußt. Sie sind integraler Bestandteil des Projekts. In den Bistümern bieten das Netzwerk von Kirche und Caritas und insbesondere die dortigen Beratungsangebote für Ehrenamtliche und Flüchtlinge eine gute Anlaufstelle. Mehrere Bistümer haben bereits zugesagt, sich am Projekt zu beteiligen und

die Mentorinnen und Mentoren finanziell und im Rahmen der bestehenden Strukturen zu unterstützen. Der Kölner Erzbischof Rainer Maria Kardinal Woelki hat beispielsweise zugesichert, gemeinsam mit der Caritas im Erzbistum einen Fonds einzurichten, um Mentoring-Gruppen finanziell zu unterstützen.

Auf die Mentoring-Gruppe warten viele neue Erfahrungen und Erkenntnisse, aber auch Stolpersteine. Zunächst müssen sie sich als Gruppe formieren und ein sinnvolles Integrationskonzept erarbeiten. Auch der derzeitige Wohnraumangel wird mancherorts eine große Herausforderung für die Gruppen. Es gilt, kreative Lösungen auf die Fragen zu finden: Wie können die notwendigen Mittel gesammelt werden? Gibt es Unternehmen, die sich einbringen können? Was können Kirche und Caritas beitragen? Auch die Verbindung zwischen staatlichem Aufnahmeprogramm und zivilgesellschaftlicher Unterstützung ist in Deutschland neu und wird bei NesT erprobt. Dazu wird eine begleitende Evaluation zeigen, ob das Pilotprojekt verstetigt wird. Denn getreu dem Leitsatz „Leben retten und Zusammenleben gestalten“ sind solche Projekte ein Beispiel gelebter Solidarität. Daher sind Kirchengemeinden, Helferkreise, Vereine und Verbände ausdrücklich aufgerufen, sich an diesem Pilotprojekt zu beteiligen. Kirche und Zivilgesellschaft können damit ein Zeichen setzen und diesem Projekt zum Gelingen verhelfen, sodass zumindest 500 schutzbedürftige Frauen, Männer und Kinder sicher einreisen und mit Mentorinnen und Mentoren einen „Neustart im Team“ in Deutschland schaffen.

Weitere Informationen zum Pilotprojekt „Neustart im Team“ finden Sie unter: www.neustartimteam.de

Elena Knežević

Referentin für Migration und Integration im Deutschen Caritasverband e. V., Zivilgesellschaftliche Kontaktstelle (ZKS) für das Pilotprojekt „Neustart im Team“

Sich bewegen lassen von dem, was die Menschen bewegt

Wirksame Akademiearbeit heute

Die Frage zu beantworten, was Akademiearbeit heute bedeutet, ist nicht grundsätzlich möglich, sondern kann nur aus der jeweiligen Perspektive einer Akademie geschehen. Zu unterschiedlich sind die regionalen Bedingungen für Akademiearbeit und zu unterschiedlich müssen auch die Antworten auf die Frage ausfallen, was Akademiearbeit heute ausmacht. Am Beispiel der Katholischen Akademie Wolfsburg gehen wir diesen Fragen nach.

Die Wolfsburg liegt in der Metropole Ruhr, dem drittgrößten Ballungsraum Europas: 53 Städte, in denen 5,3 Millionen Menschen aus über 170 Nationen leben. Durch Kohle und Stahl geprägt, gibt es heute in dieser Region viele Aufbrüche. Aber auch das gehört zum Blick auf das Ruhrgebiet: Verfestigte Arbeitslosigkeit, eine stark ausgeprägte Segregation der Bevölkerung und damit einhergehend zahlreiche Kinder und Jugendliche, die nicht ausreichend an Bildungschancen partizipieren können. Chancen und Benachteiligungen liegen hier nahe beieinander. Diese Charakteristik der Region prägt auch die Arbeit der Akademie.

Ebenfalls von großer Bedeutung ist das kirchliche Umfeld: Die Wolfsburg ist die Akademie des Bistums Essen. Ein junges und nicht finanzstarkes Bistum, das fast ausschließlich auf Kirchensteuermittel angewiesen ist und für das nachhaltige Wirtschaften unerlässlich ist. Diese Tatsache setzt aber auch viel Kreativität frei. Sowohl im Hinblick auf die Fragen der Kirchenentwicklung als auch im Hinblick auf gesellschaftliche Entwicklungen wird im Bistum Essen, gerade auch von Bischof und Generalvikar, mit großer Offenheit agiert. Eine wichtige Voraussetzung für eine Akademiearbeit, die die Realitäten zum Ausgangspunkt ihrer Arbeit macht.

Akademiearbeit ist das Offenhalten von Dialogräumen

Bei Akademiearbeit, wie sie in der Wolfsburg verstanden wird, geht es nicht in erster Linie „um den Zuwachs an Wissen, sondern um ein dialogisches Verstehen der anderen und der vielen Welten“, wie es Bischof Overbeck anlässlich des Akademieleiterwechsels in der Wolfsburg im Juni 2019 formuliert hat. Akademiearbeit ist deshalb nicht Erwachsenenbildung im klassischen Sinne, sondern das Offenhalten von Dialogräumen für Menschen unterschiedlichster Perspektiven. Voraussetzung dafür sind eine Offenheit für die vielen Positionen, die Bereitschaft, sich in andere Logiken einzudenken, ein Gespür für Fragen der Gerechtigkeit und eine Gesprächskultur, die auf Transparenz und Beteiligung setzt und zugleich für die Fragen der Menschen in einer Region sensibilisiert ist.

Wer heute Akademiearbeit betreibt, muss ein waches Gespür für die Zeichen der Zeit haben. Zu diesen Zeichen gehört auch eine wachsende Vielfalt an Meinungen und Positionen. Ihnen steht eine große Sehnsucht nach Eindeutigkeit gegenüber, die aber in Zeiten der radikalen, globalisierten und digitalisierten Moderne nicht mehr einlösbar ist. Dieser Umgang mit Mehrdeutigkeiten bzw. Ambiguitäten spielt nicht nur gesellschaftlich, sondern genauso kirchlich eine Rolle. Hierfür die synodal-dialogische Tradition der frühen Kirche zu heben und eine Vielfalt von zeitgemäßen Formen zu entwickeln, wie es in einigen Bistümern in den letzten Jahren erfolgreich gelungen ist, zeigt, dass der Dialog auch innerkirchlich ein wichtiger Weg für den Umgang mit Komplexität ist. Die jetzt durch den Missbrauch herausgeforderte Kirche wird diese Gesprächskultur dringend brauchen, um zu strukturellen Veränderungen und neuen Haltungen zu kommen. Räume für diesen gesellschaftlichen und kirchlichen Diskurs zu eröffnen, ist das vordringliche Anliegen der Akademiearbeit in der Wolfsburg.

Ein solcher Diskurs kann nicht abgehoben sein, sondern muss die Kontextualität für die eigene Arbeit sehen. Deshalb ist die Akademiearbeit in der Wolfsburg kontextuell ausgerichtet. Die Handlungskonstellation der Akademie ist die Metropole Ruhr mit ihren zahlreichen Herausforderungen. Dabei müssen die tatsächlichen Fragen, Sorgen und Nöte von Menschen der Region im Mittelpunkt stehen, ohne dabei die weiteren konzentrischen Kreise

aus den Augen zu verlieren. Durch eine solche Analyse des Lebensraumes ergibt sich die Chance, Handlungskonstellationen und ihre Bedeutsamkeit für kirchliche Akademiearbeit zu realisieren.

Akademiearbeit als Projektarbeit

Die Akademie ist in der Region mit unterschiedlichen Projekten und Akteuren vernetzt. In diesem Feld ergeben sich immer wieder neue Herausforderungen und Themen. Diese Themen nachhaltig zu bearbeiten, ist eine Herausforderung, der sich Akademiearbeit neu stellen muss. Dafür ist auch ein Setting an unterschiedlichen Formaten notwendig. Die großen Podien, die Aufmerksamkeit erregen, die Nachrichtenwert haben, die in einem Raum für einen Abend Menschen unterschiedlicher Interessen zusammenbringen, sind eine Form der Arbeit. Genauso wichtig ist eine projektbezogene Arbeit, die über längere Zeit mit Partnern und Partnerinnen aus Wirtschaft, Gesundheitssektor, Wissenschaft, Kultur gemeinsam Themen entwickelt und gezielt bearbeitet. So können in reflexiven Prozessen Räume der Auseinandersetzung eröffnet werden, in denen neue Verständigung und neue Einsichten wachsen. In der Wolfsburg ist dies mittlerweile ein wichtiges Feld der Akademiearbeit. Hier weitere Akzente zu setzen, wird für die Zukunft der Wolfsburg eine große Rolle spielen. Die Projektarbeit hat dabei einen weiteren wichtigen Effekt. Sie bringt Menschen mit der Katholischen Akademie in Kontakt, die diese von sich aus nicht aufsuchen würden. So lernen sie einen kirchlichen Ort als einen offenen und einladenden Ort kennen und lassen sich für weitere Dialoge mit ganz anderen Personen und Themen gewinnen. Die Vielfalt, die eine Akademie braucht, wenn Sie Ort des Dialogs und der vielen Perspektiven sein will, wird so gestärkt. In der sich verändernden Metropole Ruhr geht es immer wieder darum, neue Partner für die Zusammenarbeit zu suchen und dabei auch wirklich gemeinsam Neues zu entwickeln und so das Netzwerk stetig auszuweiten.

Akademiearbeit hält den Diskurs auf das Religiöse hin offen

Bei all dem spielt es auch eine Rolle, christliche Überzeugungen im gesellschaftlichen Diskurs zur Sprache zu bringen und sie als eine Perspektive unter anderen in die

gesellschaftlichen Debatten einzubringen. Nicht als totschlagende Argumentation, sondern um den Diskurs auf das Religiöse hin offen zu halten und, wie es vor kurzem jemand genannt hat, die „Als-Ob-Fragen“ zu stellen. Es lohnt sich, gegen alle Rationalität so zu tun, als ob es Gott gäbe, denn so schreibt ein Autor unserer Tage: „Ein fruchtbarer Konjunktiv ist besser als ein unfruchtbarer Indikativ.“ (Sebastian Kleinschmidt, Spiegelungen, 77-78). So kann die Frage nach dem Menschen, seiner Existenz, seiner Geschichte, seinem Sein und Sollen offen gehalten werden und die Kirche mit kirchlich geprägten Diskursarten einen wichtigen Beitrag zu einer Kultur des Dialogs leisten, in der das Religiöse zur Perspektive auf den Menschen dazu gehört. In diesem Sinne eine gute Debattenkultur zu pflegen, wird auch weiterhin ein Markenzeichen der Diskurse sein, zu denen Menschen in die Wolfsburg eingeladen werden.

Ein Bistum, das wie das Bistum Essen, die Realitäten der Menschen wahrnimmt, wird auch sehr unterschiedliche Orte ausprägen, an denen Menschen der christlichen Botschaft auf unterschiedliche Weise begegnen können. Theologische und religiöse Gewissheiten und Deutungsmuster haben viel an Plausibilität und Relevanz für zahlreiche Menschen eingebüßt. Andererseits kommen Glaubens-, Sinn- und Lebensfragen eine große Aktualität zu. Das liturgische Angebot der Kirchen ist auf diese Situation nur bedingt vorbereitet. Die Akademie ist deshalb nicht nur Ort des Diskurses, sondern auch Identitätssort und Laboratorium für unterschiedlichste Formen christlicher Spiritualität. Dies reicht von besonders gestalteten Eucharistiefiern bis hin zu niederschweligen liturgischen Angeboten, die insbesondere Menschen ansprechen, die in einer größeren Distanz zur Kirche leben und dennoch die Sehnsucht spüren, ihre Sinn- und Lebensfragen in einen christlich-religiösen Kontext zu stellen. Auch diese Aufgabe gehört wesentlich zur Akademiearbeit dazu.

So kann Akademiearbeit auch heute immer wieder zur notwendigen „Unterbrechung“ werden.



Der klimaneutrale Versand
mit der Deutschen Post



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

ZdK | Zentralkomitee der deutschen Katholiken
Postfach 24 01 41, D 53154 Bonn

Werdet FriedensFinderinnen!

Interreligiöses Frauennetzwerk regt mit Postkarte und Homepage interreligiösen Dialog unter Frauen an

Nach der gelungenen und viel beachteten gemeinsamen Veranstaltung des interreligiösen Frauennetzwerks „FriedensFinderinnen“ während des Katholikentags 2018 sind nun Materialien mit Hinweisen und Anregungen zum interreligiösen Dialog unter Frauen erschienen. Postkarten mit dem Aufruf „Werdet FriedensFinderinnen!“ verweisen auf den Internetauftritt: www.FriedensFinderinnen.de Die Seite wurde mit Unterstützung der Stiftung Lumen Gentium von einer interreligiösen Arbeitsgemeinschaft erarbeitet. Ziel ist es, Frauen in religiösen Gemeinschaften zum interreligiösen Dialog anzuregen. Mitgewirkt haben Vertreterinnen des Liberal-Islamischen Bundes e. V., der Frauenorganisation der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüs e. V., des Landesverbandes progressiver jüdischer Gemeinden in NRW, des Katholischen Deutschen Frauenbundes e. V. sowie der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands e. V.

Alle Beteiligten waren sich einig, dass es zunächst darum geht, überhaupt das Interesse am Dialog mit Frauen anderer Religionen zu wecken. Denn vielfach besteht in den Städten und Gemeinden überhaupt kein Kontakt untereinander und es gibt wenig konkretes Wissen voneinander. Nach aktuellen Erhebungen wachsen in Deutschland Islamfeindlichkeit und Antisemitismus. Deshalb möchten die Initiatorinnen mit dieser Seite dazu beitragen, dass Frauen zu FriedensFinderinnen werden. Sie werden es, wenn sie ganz einfach und pragmatisch entlang alltäglicher Themen über die Grenzen der Religionen hinweg miteinander in Dialog treten. Dabei spielt es

keine Rolle, ob der Dialog zwischen Frauen zweier oder dreier verschiedener Religionen stattfindet. Es geht zunächst darum, sich überhaupt kennenzulernen. Unterschiede und Gemeinsamkeiten werden so erkannt. Dieses Wissen übereinander nimmt Ängste und vermittelt Nähe. Im Dialog lernen die Beteiligten auch viel über die eigene Religion. Die Frauen der anderen Religion bekommen ein Gesicht und eine Stimme. Fremdheit wird überwunden und Wege zum friedvollen Miteinander werden gegangen.

Die Webseite enthält vor allem Hinweise, wie der Kontakt zu Frauen anderer Religionen geknüpft werden kann, z. B. wie ich überhaupt eine Ansprechpartnerin finde. Unterschiedliche Strukturen und Arbeitsweisen der Religionsgemeinschaften erschweren oftmals die offizielle Kontaktaufnahme. Manchmal hilft eine zufällige Bekanntschaft aus Schule oder Sportverein. Möglich ist auch, den Weg über entsprechende bundesweite Organisationen zu nehmen, deren Kontaktadressen aufgeführt sind. Ist der Kontakt erstmal geknüpft und ein erstes gemeinsames Treffen vereinbart, liegen die Themen auf der Hand. Frauen können gemeinsam alles tun, wozu sie Lust haben. Zunächst können es Gespräche bei Kaffee oder Tee über Alltagsfragen sein, die Frauen verbinden. Im nächsten Schritt können gegenseitige Einladungen zur Besichtigung der Gotteshäuser und Gebetsräume auf der Tagesordnung stehen.

Ganz wichtig sind dabei gegenseitiger Respekt und Achtung. Auf der Homepage wird auch beschrieben, welche Stolpersteine es geben kann, die den Dialog auf Augenhöhe verhindern. Der interreligiöse Dialog erfordert hier eine Haltung, die offen ist für die Antworten des Gegenübers und auch aushalten kann, dass manche Fragen nicht beantwortet werden.

Auf den höheren Ebenen sind interreligiöse Tagungen und Begegnungen vor allem von Männern geprägt, entsprechend den Geschlechterhierarchien in den Religionen. Das Netzwerk „FriedensFinderinnen“ möchte deshalb einen interreligiösen Frauenempfang anlässlich des Weltfrauentages etablieren. Der erste interreligiöse Frauenempfang wird am Mittwoch, dem 4. März 2020 ab 14.00 Uhr in Köln stattfinden.

| [Dr. Heide Mertens](#) |

Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands e. V.

Pressestelle Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn
Postfach 24 01 41, 53154 Bonn

Tel. +49. (0) 228. 38 297 - 0. Fax +49. (0) 228. 38 297 - 48
Mail presse@zdk.de Web www.zdk.de

Herausgeber
Dr. Stefan Vesper Generalsekretär

Redaktion
Theodor Bolzenius Pressesprecher

Nachdruck frei / Belegexemplar erbeten

Alle Ausgaben der "Salzkörner" finden Sie auch auf unserer Internetseite:
www.zdk.de/veroeffentlichungen/salzkoeerner